

Verlags-PA: 2700 Wr. Neustadt;
Aufgabepostamt: 2214 Auersthal
Vertragsnummer: GZ 02Z032657 S

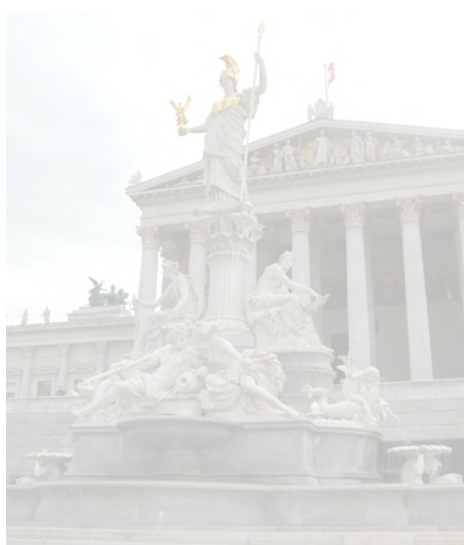
Österreichische Post AG
Sponsoringpost



IGBO- NACHRICHTEN

der Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere

Ausgabe 01/2022



Dem Bundesheer soll mehr Bedeutung zukommen.

Die IGBO verlangt die
unverzügliche Einführung eines
Bachelorstaffels
für die Offiziere des Bundesheeres!

Es herrscht Krieg in Europa!

Plötzlich, ohne Vorwarn- und Vorbereitungszeit?!
Wer nicht vorbereitet ist, muss scheitern.



Die Plattform Wehrpflicht für ein wehrhaftes Österreich:

Der 9. Tag der Wehrpflicht 2022 war ein Erfolg!

Schon jetzt den nächsten Termin vormerken: 20. Jänner 2023



Empfänger:

Im AuslE bitte nachsenden; bei Versetzung bitte unter Angabe der neuen Dienststelle an Zustelladresse (Impressum) zurücksenden.

Worte des Präsidenten:

Werte Mitglieder der IGBO! Geschätzte Leserinnen und Leser unserer Mitteilungen!

Wir leben in einer gefährlichen Zeit, so meine ich.

Der Konflikt zwischen dem Westen und Russland bestimmt momentan das Geschehen. Was uns jahrzehnte lang als unmöglich eingeredet wurde ist Realität geworden: Krieg in Europa!

Der Zusammenhalt innerhalb der einzelnen Staaten und der EU scheint dadurch enger geworden zu sein. Auch wenn unverändert nationale Interessen gegeben sind. Die Spaltung der Gesellschaft in allen Ländern durch die hohe Inflation und Preissteigerungen wird immer größer.

Das wirkt sich natürlich auch auf die EU aus, weil dort ja letztlich die gleichen handelnden Personen die Entscheidungen treffen, wie in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Erkenntnis, vom gefährlichen „Partner“ Russland unabhängig sein zu wollen, macht sich breit.

Da ist es wohl nachvollziehbar, dass in vielen Staaten mehr Geld für die Landesverteidigung ausgegeben werden soll, als dies bisher der Fall war.

Auch für das Bundesheer sind Auswirkungen spürbar, zumindest in einem gewissen Rahmen.

So wurden einige Beschaffungen eingeleitet und Entscheidungen getroffen, die als richtig und notwendig beurteilt werden müssen.

Das macht Mut, gibt Hoffnung, künftige Aufträge mit Aussicht auf Erfolg bewältigen zu können.

Daher ist es wichtig, über den Tellerrand hinaus zu blicken und zu sehen, was in vergleichbaren Ländern Europas geschieht. Das haben wir beim heurigen Tag der Wehrpflicht auch getan und können feststellen: In manchen Bereichen können wir durchaus mithalten, haben aber in einigen Defizite. An deren Behebung sollten wir dringend arbeiten.

Dazu sind politische Entscheidungen für unsere Landesverteidigung notwendig, die endlich getroffen werden müssen. Damit sie als „richtige Entscheidungen“ beurteilt werden können.

Neben den noch ausstehenden Entscheidungen über Beschaffungen für das Bundesheer ist dabei aus unserer Sicht die Frage des Umganges mit den Führungskräften entscheidend. Führungskräfte sind bekanntlich auch die Offiziere des Bundesheeres.

Und die haben Jahrzehnte hindurch nicht nur ein dreijähriges Studium absolviert. Sie haben sich auch einer permanenten Aus-, Fort- und Weiterbildung unterzogen. Zwar lange ohne dadurch einen akademischen Grad zu erlangen, aber nicht minder wertvoll und entsprechend zu bewerten!

Daher verlangt die IGBO zu Recht:

- alle Offiziere sind so zu behandeln, als ob sie ein reguläres Bachelor-Studium absolviert hätten.

- alle Offiziere sind daher grundsätzlich in einen einzurichtenden M1-Bachelor-Staffel zu überstellen.

- alle Offiziere, die Arbeitsplätze bekleiden, für die der FH-Masterstudiengang Militärische Führung Voraussetzung ist, sind als Vollakademiker zu behandeln.

Die IGBO findet es als beschämend, dass man für die Beamten der allgemeinen Verwaltung einen Bachelorstaffel eingerichtet hat, für die Offiziere des Bundesheeres aber nicht!

Obwohl man ständig nach dem Bundesheer ruft, weil man ohne dessen Beamte und Beamtinnen nicht auskommt!

Das hat auch in Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen zu einer bedenklichen Mehrbelastung geführt. Tatsächlich ist das Bundesheer und dessen Personal an

seiner Leistungsgrenze angelangt!

Es ist höchst an der Zeit, die Ungleichbehandlung der Offiziere des Bundesheeres zu beenden. Denn sonst wird es über kurz oder lang diese Spezies nicht mehr im erforderlichen Umfang geben! Denn wer lässt sich das auf Dauer gefallen?

Die große Mehrheit wird - und muss sich auch so fühlen - im Vergleich mit der Allgemeinen Verwaltung nach wie vor „ungleich“ behandelt.

Das wirkt sich vor allem auf unseren so dringend benötigten Nachwuchs aus.

Wir verlieren laufend gut ausgebildete Führungskräfte an andere Ressorts und an die Privatwirtschaft. Und das scheint höchst unvernünftig und finanziell untragbar!

Wenn man etwa an den neu einzurichtenden Studiengang für IT-Spezialisten denkt, dann stellt die derzeit gültige Einstufung als „Maturant“ wohl ein deutliches Hindernis bei der Personalgewinnung und vor allem beim Halten des Personals in der Organisation dar.

Eine andere Behandlung dieser Absolventen im Vergleich zu den Absolventen des Studienganges Militärische Führung ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Wir erwarten uns daher eine unverzügliche politische Lösung unserer Bewertung im Sinne unserer Forderungen!

Denn man kann auf unsere Leistungen nicht verzichten und wir wollen uns auch nicht mehr länger hinhalten lassen!

TREU BIS IN DEN TOD!

Ihr
Dr. Siegfried Albel, Obst a.D.

www.igbo.at
www.wehrhaftes-oesterreich.at

Der XI. Tag der Wehrpflicht 2022

Bundesheer: Ohne Wehrpflicht geht es nicht

Der diesjährige Tag der Wehrpflicht steht unter dem Motto: „Migration als Waffe“

Wien (OTS) - Europa ist seit Jahren Ziel großer Migrationsbewegungen. Vor allem die Ereignisse in Belarus im vergangenen Jahr sind noch gut in Erinnerung. Die Botschafter aus Polen, Lettland und Litauen berichten daher im Rahmen der Veranstaltung über die Ereignisse an der Grenze zur Europäischen Union. Dabei wurden Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten als politisches Druckmittel eingesetzt. Um diese illegale Migration einzudämmen, stehen auch 1.200 österreichische Soldatinnen und Soldaten an der Staatsgrenze im sicherheitspolizeilichen Assistenzinsatz. Wie sehr dabei die Gewaltbereitschaft, vor allem der Schlepper, in jüngster Vergangenheit eskaliert ist, zeigt das dramatische Beispiel vom vergangenen Montag. Dabei

schoss ein flüchtender, mutmaßlicher Schlepper, auf unsere Soldaten. Zum Glück ohne zu treffen.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner: „Das professionelle Handeln der Soldaten ist ein Beleg dafür, dass die Entscheidung weniger Grundwehrdiener an der Grenze einzusetzen, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung war. Dieser Vorfall hat auch gezeigt, dass neben der klassischen militärischen Landesverteidigung auch Pandemien, regionale Konflikte, Terroranschläge, Cyberattacken, Blackouts und eben kriminelle Handlungen, zu den Bedrohungen und Szenarien des 21. Jahrhunderts gehören. Aktuell stehen an die 2.600 Soldaten, Soldatinnen und Zivilbedienstete im In- und im Ausland im Einsatz. Von den rund 800 Soldaten und Soldatinnen im Auslandseinsatz stammen 256 aus der Miliz. Und eines ist dabei klar: Ohne Wehrpflicht könnte das Bundesheer all dies nicht leisten! Die Wehrpflicht ist die Basis für alles. Ohne Wehrpflicht gibt es keine Grundwehrdiener, ohne Grundwehrdiener gibt es keine Kadersoldaten und keine Miliz.

Um diese Qualität zu halten, sind wir gerade dabei, durch Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen das Bundesheer wieder attraktiver zu machen und Anreize für die Miliz zu schaffen. Eine der Maßnahmen ist das Angebot ‚Mein Dienst für Österreich‘, wo durch verschiedene Prämien ein Anreiz geschaffen wird, sich als Milizsoldat zu verpflichten.“

Die Veranstaltung „Tag der Wehrpflicht“ wird von der „Plattform Wehrpflicht“ am 20. Jänner mittlerweile zum 9. Mal veranstaltet, Corona-bedingt als Livestream. Ins Leben gerufen wurde die Veranstaltungsreihe nach der erfolgreichen Volksbefragung zum Thema „Wehrpflicht“ am 20. Jänner 2013.

Die Anwesenheit des Bundeskanzlers, der Botschafter von Lettland, Litauen und Polen, des Generalstabschefs sowie von Ehrengästen aus Politik und Wirtschaft verleiht der Veranstaltung einen besonderen Stellenwert.

Quelle: APA-OTS Aussendung des BMLV



OBV
Meine Versicherung

Der ÖBV
Unfallschutz

Tel. 059 808 - 3910
nsb@oebv.com

Ihr Lächeln-
für uns
unbezahlbar.

Wir machen den Unfallschutz für Sie bezahlbar:
Denn Ihr Lächeln liegt uns am Herzen.

Nähere Infos auf www.unfallschutz.at

- > Flexible Lösungen für jede Lebensphase
- > Leistungen als Bausteine individuell wählbar
- > Bis zu 600 % Leistung bei dauernder Invalidität

Weitere Produktinformationen finden Sie in den Basisinformationsblättern unter www.oebv.com/bib.

Zum Glück gibt's die ÖBV. www.oebv.com

Der Krieg in der Ukraine - eine persönliche Betrachtung

Es muss für viele wohl ein besonderer Schock gewesen sein: An der Ostgrenze von Europa überfällt ein Staat einen anderen, spricht von Besitzanspruch, erklärt den Überfallenen als nicht existent.

Ja, das ist Realität! Und natürlich auch, dass sich der überfallene Staat mit all seinen Möglichkeiten zur Wehr setzt, sich verteidigt.

Dabei zeigte sich, dass man auch als kleinerer Staat gegen einen vermeintlich überlegenen Aggressor erfolgreich sein kann, wenn man mit dem erforderlichen Geschick, mit Mut und entschlossen kämpft.

Das habe ich seinerzeit schon als Kommandant von Panzergrenadiern versucht, meinen Soldaten zu vermitteln.

Man muss nicht die neuesten Waffensysteme haben, um erfolgreich sein zu können. Man muss nur wissen, wo die Schwachpunkte des Gegners sind und wie man sie ausnutzen kann.

So habe ich einem möglichen Einsatz im Rahmen der Raumverteidigung sowohl als KpKdt als auch als BKdt zuversichtlich entgegen gesehen.

Allerdings wurde die Kluft zwischen unseren Möglichkeiten und den Möglichkeiten unserer Gegner im Laufe der Jahre immer größer. Die Risiken für uns wurden immer größer und unsere Erfolgsaussichten immer geringer. Auswirkungen politischer Entscheidungen, die auch unsere Minimalforderungen negierten und damit auch den Verteidigungswillen in Österreich zunehmend untergraben haben.

Es ist daher gut, dass es eine Umkehr gibt, wenngleich klar sein muss, dass unsere derzeitige Situation uns ganz klar erpressbar macht und damit für unseren Staat existenziell gefährlich ist. Sowohl was die wirtschaftliche Situation betrifft, als auch was unsere militärischen Möglichkeiten anlangt.

Wir verfügen nicht über die geringste Möglichkeit, Luftangriffe abzuwehren noch haben wir

erforderliche Munitions-, Betriebs- oder Lebensmittelvorräte.

ULV wurde schlicht und einfach als unnötig abgetan, obwohl wir (die Soldaten und Soldatinnen des Bundesheeres) auf die damit verbundenen Folgen deutlich und auch im Rahmen der Tage der Wehrpflicht immer wieder aufmerksam gemacht haben.

Politiker, die nicht auf ihre Experten hören oder sich bewusst solche Experten suchen, die ihnen angenehme Ansichten vertreten, sind ja keine Seltenheit. Ich hoffe, dass nun in der Frage unserer LV endlich Vernunft einkehrt, man die realistische Beurteilung der Lage unserer Experten zur Kenntnis nimmt und danach handelt.

Es muss allen österreichischen Politikern und Politikerinnen klar sein, dass man zwar immer unterschiedlicher Auffassung sein kann, dass uns aber im Endeffekt nur eine gemeinsam zu vertretende Haltung und Meinung helfen kann.

„Österreich zuerst“, muss man statt „zuerst meine Partei und deren Ansicht“ sagen! Das unnachgiebige Beharren auf Standpunkten und Meinungen ist demokratieunwürdig und kann im schlimmsten Fall sogar tödlich sein. Das ist daher abzulehnen.

Diskutieren wir Fragen nicht aus, dann schneiden wir uns jedenfalls ins eigene Fleisch, schaden unserer gemeinsamen Zukunft, gefährden unsere Heimat und die Zukunft unserer Kinder. Das sehe ich als Konsequenz der Geschehnisse in der Ukraine deutlich vor meinen Augen.

Das kann ja wohl nicht wünschenswert sein, oder? Also sollten wir mit Hausverstand an die Lösung der Frage unserer Landesverteidigung herangehen. Nicht extreme Meinungen können dabei helfen, sondern maßvolle und zielgerichtete Maßnahmen.

Wichtig erscheint mir dabei die Tatsache, dass Landesverteidigung nicht nur Katastrophenschutz bedeuten aber diesen natürlich beeinhaltend kann. Landesverteidigung muss alle Möglichkeiten bedenken, darf nichts ausschließen und muss daher militärisch orientiert sein.

Wir haben die Umfassende Landesverteidigung gewollt und sollten diese daher vollinhaltlich umsetzen. Zum Wohle Österreichs!

Dr. sient. pth. Siegfried Albel, Obst a.D.

ATV: Verteidigungsministerin Tanner: Eurofighter-Verkauf nicht vom Tisch

Verkauf der Eurofighter an Indonesien: „Wir haben noch keine Absage“. Tanner spricht sich für gesetzliche Verankerung des Heeresbudgets nach Schweizer Vorbild aus.

Wien (OTS) - Nachdem sich Verteidigungsministerin Klaudia Tanner vergangene Woche klar zu den Eurofightern bekannt hat und meinte, die österreichischen Abfangjäger „müssen selbstverständlich nachgerüstet“ werden, rudert sie im ATV-Interview mit Moderatorin Jenny Laimer nun wieder zurück.

Ein Angebot zum Verkauf der Eurofighter an Indonesien sei weiterhin aufrecht, es gebe noch keine Absage: „Wir haben noch keine Absage. Daher mussten wir uns auch parallel dazu informieren und schauen, wo gibt es Möglichkeiten? Weil es darf im Bereich der Luftraumüberwachung niemals eine Lücke entstehen. Und da haben wir selbstverständlich dann auch andere Möglichkeiten angeschaut.“

Man schaue sich aktuell nach anderen Anbietern um, sagt Tanner. Es sei nicht vordergründig eine Typenfrage. Die Eurofighter seien ein System, das funktioniere. Man befasse sich, in Hinblick auf einen möglichen Verkauf, aber mit kostengünstigeren Varianten: „Ich würde hier nicht mehr ein Unternehmen nennen, sondern das war ja etwas, wo unsere Experten gleich beauftragt wurden, als die ersten Anfragen auch von Indonesien kamen.“ Ziel sei es, die Luftraumüberwachung sicherzustellen.

Tanner spricht sich zudem für eine gesetzliche Verankerung des Jahresbudgets des Herres nach Schweizer Vorbild aus: „Ich glaube, dass die Gelegenheit jetzt eine absolut gute ist, der Zeitpunkt der absolut richtige.“ Eine gesetzliche Verankerung schaffe Planbarkeit, auch über Legislaturperioden hinweg, argumentiert Tanner.

„ATV Aktuell“ mit Verteidigungs-

ministerin Klaudia Tanner heute um 19:20 Uhr auf ATV. Das ausführliche Interview bei „ATV Aktuell: Im Fokus“ am Samstag, 9. April, um 19:20 Uhr auf ATV

Rückfragen & Kontakt:
Adrian Hinterreither
adrian.hinterreither@prosiebensat-
lpuls4.com
0676848451470

Vergleiche mit:

Vier Milliarden Euro: Wo das Bundesheer aufrüsten wird



Österreichs Wehrbudget soll noch heuer von 2,7 auf mehr als vier Milliarden Euro anwachsen. Was soll die Armee mit dem Geld machen?

Von Christian Böhmer

Viele Monate vor der Pandemie, in einer Zeit, in der es noch absurd erschien, dass ein europäisches Land militärisch überfallen wird, da wurde im Bundesheer eine Analyse erstellt, an der nur eines harmlos war: ihr Name.

„Unser Heer 2030“ hieß der Bericht, in dem der damalige Verteidigungsminister nachgerade Unerhörtes festhielt. Denn Thomas Starlinger schrieb, dass „der Schutz der Bevölkerung schon heute nur sehr eingeschränkt gewährleistet werden kann“. Und in der Tonart ging es weiter: Quartiere seien baufällig, die Ausrüstung antiquiert, ganze Waffensysteme wie die alten Saab-Jets seien de facto ein Fall fürs Museum.

Am maroden Zustand der Armee hat sich seit 2019 nichts Fundamentales geändert. Doch seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine ist die Haltung zum Heer eine andere.

Deutschland will zusätzliche 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr investieren, und Österreich

zieht nach: Die Regierung hat einen beispiellosen Anstieg des Wehrbudgets in Aussicht gestellt. „Um alle Herausforderungen zu erfüllen, brauchen wir ab heuer ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts“, sagte am Freitag Verteidigungsministerin Klaudia Tanner. Das wären, je nach wirtschaftlicher Entwicklung, zwischen 4,3 und 4,5 Milliarden Euro – und damit um zumindest 1,6 Milliarden Euro mehr als jetzt.

Was kann, was soll mit diesem Geld geschehen? Woran hapert es in der Armee? Die schlechte Nachricht lautet: an allem. „Es gibt im Bundesheer keinen Bereich, in dem kein Modernisierungsbedarf besteht“, sagt Österreichs ranghöchster Soldat, Generalstabschef Robert Brieger.



Russlands Angriffskrieg zeigt eindrücklich: Kriege werden weiterhin auch „konventionell“, also mit Flugzeugen, Panzern und Soldaten bestritten. „Der Krieg in der Ukraine führt uns vor Augen, dass beispielsweise die Bedrohung aus der Luft eine reale ist. Deshalb brauchen wir eine funktionierende Drohnen- und Fliegerabwehr – die wir nicht haben“, sagt Günter Höfler. Der Generalleutnant war Kommandant des Streitkräfteführungskommandos und bis 2017 Leiter der Militärvertretung in Brüssel.

Zweisisitzer

Vereinfacht gesagt zeigt der Ukraine-Konflikt auf der ukrainischen Seite, was Österreichs Armee können müsste. Die Lufthöhe ist das eine. Sie erfordert moderne Radar-Systeme, zeitgemäße Fliegerabwehr-Raketen und Jets in ausreichender Zahl und Qualität. All das ist in Österreich nur bedingt gegeben. „Wir haben 15 Eurofighter ohne Selbstschutz oder leistungsfähige Raketen“, sagt Höfler. „Wir sind in der Lage zu sichten, aber nicht zu sichern.“

Generalstabschef Brieger würde zudem die Hubschrauberflotte erneuern und einen Eurofighter mit zwei Sitzen beschaffen – damit Österreich selbst Piloten ausbilden kann und nicht auf fremde Staaten angewiesen ist.

Veraltete Systeme

Mit der Luft ist es aber nicht getan: Zu ebener Erde müssen die Soldaten sicher und schnell unterwegs sein können. Das bedeutet: Sie brauchen gepanzerte Fahrzeuge. Und: Sie benötigen moderne Waffensysteme, um sich verteidigen zu können – etwa gegen herannahende Panzer. „Wir haben da ein schwedisches Waffensystem, BILL genannt“, sagt Höfler.



„Allerdings ist das veraltet und auch nicht in der nötigen Stückzahl vorhanden.“ Ähnliches gilt für Mistral, eine Flugabwehr-Rakete. „Auch dieses System ist veraltet.“ Der akute Bedarfskatalog lässt sich um hunderte Posten verlängern: Da finden sich Nachtsichtgeräte, damit Soldaten auch nachts bewachen und kämpfen können; da fehlen schneetaugliche Fahrzeuge für die Aufklärer und technische Upgrades für die alten Leopard-Panzer. Allein die EDV für die Cybersoldaten braucht Investitionen über eine dreiviertel Milliarde.

Aus Sicht der Militärs ist das Budget nicht das einzige Problem. Die Zeit ist beim Kauf von Waffen und Gerät ein erheblicher Faktor. Ausschreibung, Produktion, Auslieferung und Ausbildung: All das braucht zum Teil viele Jahre. Zeit, die Österreich nur bedingt hat. Noch einmal Generalleutnant Höfler: „Die Schweden und die Finnen sind hochgerüstet, wir nicht. Es ist Zeit zu handeln. Konzepte gibt es bereits genug.“

Quelle: Kurier Online vom 14.03.2022

.....
(Vorname, Name)

.....
(Dgrad/Berufstitel/akad. Titel)

.....
(Straße)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(Sozialversicherungsnummer)

e-Mail:

.....
(Dienststelle/-geber)

.....
(Straße/Dienstadresse)

.....
(PLZ, Ort/Dienstadresse)

.....
(Ausmusterungsjahr)

Geburtsort:

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre freiwillig und ohne Beeinflussung meinen rechtsverbindlichen Beitritt zur Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO) und stimme der elektronischen Verarbeitung meiner oben angeführten Daten zu.

Ich sage zu, mich auf der Homepage der IGBO (www.igbo.at) als Nutzer zu registrieren. Die dort publizierten Statuten werde ich zur Kenntnis nehmen und erkläre, die darin festgelegten Satzungen einhalten zu wollen.

Mir ist bekannt, dass meine Beitrittserklärung erst durch die Annahme seitens des Vorstandes der IGBO und der Mitteilung darüber rechtswirksam wird.

Ich erkläre, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

- ich bereits Mitglied des ÖGB bin (Mitgliedsnummer:
- ich Mitglied des ÖGB werden und eine Beitrittserklärung dazu von der IGBO erhalten will.
- ich momentan noch nicht Mitglied des ÖGB werden will.

Ferner sage ich zu, Änderungen meiner Daten rasch bekannt zu geben.

....., am.....

.....
(Unterschrift)

Empfänger: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO),
Burgplatz 1, 2700 WR. NEUSTADT
Zustelladresse: Präsident Obst a.D. Dr. Siegfried Albel MSc MSD,
Zur Kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl

Bearbeitung durch den Vorstand der IGBO:

Eingelangt am:

Annahme: ja/nein

Unterschrift:

Klar ist, das Bundesheer hat einen enormen Bedarf an geeigneten Systemen, um seiner primären Aufgabe, Österreich militärisch zu schützen, mit Aussicht auf Erfolg nachkommen zu können.

Das hat auch die Plattform Wehrpflicht eindeutig formuliert:



Bundesheer: Taten statt Worte

Wehrpolitischer Dachverband fordert Einigkeit im Parlament

Es gilt jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich den Vorschlag von Ministerin Tanner, das Bundesheer-Budget auf 1,5 % des BIP zu erhöhen und einen Investitionsfonds mit 10 Mrd. Euro zu dotieren.

Nur so können wir unseren Auftrag erfüllen, das Land und die Bevölkerung zu schützen und unsere bewaffnete Neutralität glaubhaft zu verteidigen

Wien (OTS) - Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf sein Nachbarland Ukraine hat drastisch vor Augen geführt, dass der Krieg als Mittel zur Erreichung politischer Ziele nicht in der Mottenkiste der Vergangenheit verschwunden ist. Man kann dies bedauern und die Kriegsführung berechtigt verurteilen. Doch Österreich muss die Realität zur Grundlage des staatlichen Handelns machen. Alles andere wäre naiv und verantwortungslos.

In Österreich hat das sicherheitspolitische Wunschdenken die letzten Jahrzehnte bestimmt. Das führte zum Einsturz der 4 Säulen der „Umfassenden Landesverteidigung“ als Sicherheitskonzept für Österreich. Die erzielte Friedensdividende kommt Österreich nun mit niedrigem Wehrwillen und weitgehend verlorener Wehrfähigkeit teuer zu stehen.

Ein Umdenken hat bereits eingesetzt. Der Bundeskanzler kündigt eine Erhöhung des Wehrbudgets an, der Vizekanzler kann sich verpflichtende Milizübungen vorstellen, die Wehrsprecher der Parlamentsparteien bringen Entschließungsanträge ein und fordern einen nationalen Schulterschluss.

Der Dachverband appelliert daher an alle Abgeordneten im Parlament, das Wohl des Landes ins Zentrum der Überlegungen zu stellen und parteipolitische und ideologische Hürden zu überwinden. „Es gilt jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich den Vorschlag von Ministerin Tanner, das Bundesheer-Budget auf 1,5 % des BIP zu erhöhen und einen Investitionsfonds mit 10 Mrd. Euro zu dotieren“, erklärt Erich Cibulka als Vorsitzender des Dachverbands der wehrpolitischen Vereine Österreichs.

Die ausreichende Finanzierung und die Sicherung der personellen Stärke durch verpflichtende Übungen sind die Basis eines modernen und leistungsfähigen Bundesheeres. „Nur so können wir unseren Auftrag erfüllen, das Land und die Bevölkerung zu schützen und unsere bewaffnete Neutralität glaubhaft zu verteidigen“, sagt Brigadier Cibulka.

Der Dachverband ist der Zusammenschluss der größten wehrpolitischen Vereinigungen Österreichs und versteht sich mit 250.000 Mitgliedern als „größte Lobby für das Bundesheer“. Der Dachverband ist parteipolitisch unabhängig und setzt sich für die Einhaltung der Bundesverfassung (Umfassende Landesverteidigung, Wehrpflicht, Milizsystem) ein.
Quelle: APA - OTS vom 25.03.2022

Erfreulich ist die Tatsache, dass alle politischen Parteien sich für eine Steigerung des Budgets des Bundesheeres ausgesprochen haben. Allerdings bereits mit Bedenken zu Details. Womit der politische Konsens fragwürdig ist.

Schulterschluss für höheres Verteidigungsbudget

Wien (OTS) - Vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Ukrainekrieges lud heute Verteidigungsministerin Klaudia Tanner die Wehrsprecher aller Parlamentsparteien sowie Experten des Verteidigungsressorts, darunter Generalstabschef Robert Brieger, Generalmajor Bruno Hofbauer sowie Oberst Markus Reisner zu einem Informationsgespräch. Dabei informierte die Ministerin die Abgeordneten über aktuelle Risiken und Auswirkungen für das Bundesheer sowie über budgetäre Erfordernisse. Die Experten des Ressorts sprachen über notwendige Investitionen sowie moderne Bedrohungsfelder und Herausforderungen.

„Das aktualisierte Risikobild zeigt deutlich, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen die Notwendigkeit einer erhöhten gesamtstaatlichen Resilienz noch deutlicher unterstreichen. Daher müssen wir die Wehrfähigkeit steigern, die Neutralität sicherstellen und europäisch denken. Um die Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung und damit auch die Neutralität weiterhin schützen und wahren zu können, brauchen wir eine zukunftsfähige und moderne Landesverteidigung. Wir müssen wieder für ein gesteigertes Sicherheitsgefühl sorgen, das schulden wir den Menschen die in Österreich leben. Um all diese Herausforderungen bewältigen zu können, benötigen wir ein deutlich höheres Budget, darüber gab es im heutigen Gespräch Konsens“, freut sich Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

Dazu der grüne Wehrsprecher David Stögmüller: „Wir brauchen einen gemeinsamen, parteiübergreifenden Schulterschluss um unser Heer weiterzuentwickeln. Nicht zum Selbstzweck, sondern um uns alle zu schützen. Gemeinsam wollen wir das Budget auf die Notwendigkeiten des aktualisierten Risikobildes anpassen. Klar ist: wir müssen im Sinne der umfassenden Landesverteidigung

Prioritäten setzen und die Projekte Stück für Stück abarbeiten.“

Rückfragen & Kontakt:
Bundesministerium für Landes-
verteidigung Anna-Maria Roth
Pressesprecherin der Bundesmi-
nisterin

+43 664 622 1173

anna-maria.roth@bmlv.gv.at
www.bundesheer.at

Quelle: APA-OTS vom 24.03.2022

Bei der Delegiertenkonferenz der ÖOG am 09.04.2022 in Wien fand ein Vortrag des Herrn Generalsekretär im BMLV zum Stand der Reform der Zentralstelle statt.

Dabei brachte er zum Ausdruck, dass alle Bemühungen der politischen Führung des Ressorts ausschließlich darauf abzielen, die Truppe personell und materiell zu stärken.

Die beurteilten Risiken für Österreich sollen als zu bewältigenden Aufgaben beurteilt werden.

Seitens der ÖOG wurde eine Partnerschaft mit dem Reservistenverband der Bundeswehr eingegangen.

Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRBw) hat mehr als 115.000 Mitglieder. Wir vertreten die Reservisten in allen militärischen Angelegenheiten.

Es können sein: Reservisten der Bundeswehr (ordentliche Mitglieder), aktive Soldaten (außerordentliche Mitglieder), Personen ohne Wehrdienst (fördernde Mitglieder).

Beim Verband haben alle Reservisten der Bundeswehr die Möglichkeit, eine militärische Heimat zu finden. Die Vielfalt der Informations- und Veranstaltungsangebote aller Gliederungen deckt

so gut wie alle Einzelinteressen ab, Kameradschaft und Betreuung ergänzen das Angebot. Unsere rund 2.400 Reservistenkameradschaften (RK) bilden die wichtigste Organisationsebene im Verband - und den Platz, an dem die Reservistenarbeit geleistet wird.

Die Homepage: <https://www.reservistenverband.de/>

Zur Partnerschaft Gratulation und viel Erfolg!

Der Präsident der IGBO konnte im Rahmen dieser Veranstaltung sowohl mit dem Herrn Generalsekretär im BMLV als auch dem Kdt der TherMilAk und mit dem Präsidenten der ÖUOG ausführliche Gespräche führen. Ziel war es, die Gemeinsamkeiten auszuloten und weitere Gesprächstermine vorzubereiten.

Denn wir sitzen alle im gleichen Boot und haben daher die gleichen Interessen!

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ

Name des Mediums: IGBO - Nachrichten der Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere; Homepage: www.igbo.at

Medieninhaber: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere, repräsentiert durch den Vorstand gemäß Anzeige bei der Vereinspolizei (ZVR-Nr.: 282799835); **DVR:** 0651346

Herausgeber: Präsident Obst a.D. Dr. Siegfried Albel, MSD MSc ; c/o Zur Kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl (**Zustelladresse**)

Zweck des Mediums: Information und Bildung der Mitglieder der Interessensgemeinschaft sowie deren Freunde und Gönner im Sinne der Statuten des Vereines und der Satzungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Eine parteipolitische Betätigung liegt dem Medium ferne.

Die Erscheinungsart ist „Monatsschrift“ im Sinne der einschlägigen Post-Bestimmungen. Vertragsnummer: GZ 02Z032657 S

Die Herstellung erfolgt grundsätzlich durch Druck.

Verlagspostamt: 2700 Wr. Neustadt

Aufgabepostamt: 2214 Auersthal

Impressum:

Herausgeber: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO)

Medieninhaber: Obmann Obst a.D. Dr. Siegfried Albel, MSD, MSc

Alle: c/o Burgplatz 1, 2700 Wiener Neustadt;

Zustelladresse: Zur Kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl

DVR.: 0651346; ZVR-Nr.: 282799835; www.igbo.at

Verlagspostamt: 2700 Wr. Neustadt; Aufgabepostamt: 2214 Auersthal;

Vertragsnummer: GZ 02Z032657 Sponsoring Post

Druck: Riedeldruck G.m.b.H., 2214 Auersthal

Der Jahres-Mitgliedsbeitrag zur IGBO beträgt unverändert 10,00 Euro. Wir ersuchen um Entrichtung auf unser Konto AT59 2011 1288 2705 4100.

Entschuldigen Sie bitte, dass wir heuer keine gesonderte Aussendung machen konnten und geben Sie bitte Änderungen in Anrede und Anschrift (Dienststelle) per Post (siehe Impressum / Zustelladresse) oder per Mail an info@igbo.at bekannt.

Damit alles korrekt ist und wir im Sinne aller Kosten (keine mehrmalige Zusendung) sparen können.

Zahlreiche Mitglieder haben den Jahresbeitrag für 2022 bereits entrichtet. Auch sind wieder Spenden eingegangen.

Dafür herzlichen Dank!

Wir versprechen, weiterhin unermüdlich für die Interessen unseres Berufsstandes einzutreten und in Notlagen für Sie und Ihre Angehörigen da zu sein!